

24.4.2025 Kommentar zur Selbstverpflichtungserklärung der Regionalschule Poel

Sehr geehrte Damen und Herren,

neuerdings kursiert im Internet eine sogenannte Selbstverpflichtungserklärung für Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule Professor Doktor Hans Lembke der Insel Poel. Diese Schule beteiligt sich seit 2019 am Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Initiative „Warm-up – Jugendkultur für Demokratie“ im Land Mecklenburg-Vorpommern.

So edel das Programm auch klingt, so erschreckend einseitig ist doch die Selbstverpflichtungserklärung!

Der Text konzentriert sich ausschließlich auf vermeintlich **rechtsextreme Verhaltensweisen** und deren Ablehnung. Das ist an sich legitim, allerdings bleibt die Erklärung **einseitig**, da sie **andere Formen von Extremismus oder Gewalt** – insbesondere Linksextremismus, religiösen Fanatismus oder Gewalt unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund – **vollständig ausklammert**.

Werte wie Respekt, Toleranz und Gewaltfreiheit sollten **unabhängig von der ideologischen Herkunft** gelten. Wenn jedoch nur vermeintlich rechtsextreme Inhalte problematisiert werden, wirkt das selektiv und könnte das Gefühl vermitteln, dass **andere problematische Verhaltensformen geduldet oder ignoriert** werden.

Die Formulierung „*Ich verpflichte mich, dies einem Lehrer, dem Schulsozialarbeiter oder der Schulleitung zu melden*“ enthält eine **Verpflichtung zur Anzeige** bestimmter Verhaltensweisen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Jugendliche eine Unterschrift leisten sollen – nach Auskunft von Juristen rechtlich sehr problematisch – auch wenn damit keine gesetzliche Verpflichtung verbunden sein kann!

In einem sensiblen Kontext wie Schule kann das zur **Förderung von Misstrauen und Denunziation** führen – insbesondere, wenn es nicht begleitet wird von Hinweisen auf pädagogische Aufarbeitung, Schutz vor Missbrauch oder ein faires Verfahren.

Hier sei angemerkt, dass wir gerade in der deutschen Geschichte üble Beispiele kennengelernt haben!

Im **Nationalsozialismus** bei der Hitlerjugend und den sogenannten Blockwarten oder in der **DDR** mit der IM-Tätigkeit bei der Stasi oder mit Spitzeln in Schulen, wurden Menschen – teils Kinder – dazu **angehalten oder gezwungen**, Abweichler zu melden. Das führte zur **Zerstörung von Vertrauensverhältnissen** und zur Angst vor freier Meinungsäußerung.

Zwar ist das in einer heutigen Demokratie nicht vergleichbar in der Konsequenz, **die Mechanismen ähneln sich jedoch strukturell**, wenn soziale Kontrolle ohne Schutzmechanismen institutionalisiert wird.

Unser Fazit

- **Der Originaltext ist gut gemeint**, aber **einseitig**, sowohl im Inhalt als auch in der Zielrichtung.
- Es findet **keine offene Aufforderung zur Denunziation** statt, aber die Formulierung wirkt **problematisch**, da sie an autoritäre Mechanismen erinnert.

- Eine **balancierte Erklärung** stärkt nicht nur das Miteinander, sondern auch das demokratische Bewusstsein – ohne bestimmte Gruppen zu stigmatisieren oder Schüler unter Druck zu setzen.

Wir hätten da einen Vorschlag für eine alternative, neutralere Selbstverpflichtungserklärung die sowohl neutraler, inklusiver als auch verfassungsorientiert ist:

Und so lautet er:

Selbstverpflichtung für ein respektvolles und demokratisches Miteinander an unserer Schule

Erstens: Ich lehne jede Form von Extremismus ab – sei es **rechts, links, religiös** oder **anderweitig ideologisch motiviert**.

Zweitens: Ich respektiere die Würde jedes Menschen – unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Aussehen, Religion oder sexueller Orientierung.

Drittens: Ich verhalte mich **gewaltfrei**, sowohl körperlich als auch verbal oder psychisch – auch im digitalen Raum.

Viertens: Ich widerspreche, wenn Menschen ausgegrenzt, beleidigt oder bedroht werden – unabhängig davon, **wer das tut oder warum**.

Fünftens: Ich trage zur Schulgemeinschaft bei, indem ich auf **Freiheit, Gerechtigkeit und gegenseitige Verantwortung** achte.

Wenn ich Zeuge einer schweren Verletzung dieser Grundsätze werde, **kann ich mich vertrauensvoll** an Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter oder die Schulleitung wenden – mit dem Ziel, **gemeinsam eine Lösung zu finden, nicht jemanden bloßzustellen**.

Soweit unser Vorschlag!

Als Partei die Basis lehnen wir jede einseitige ideologische Indoktrination auch an Schulen ab und plädieren für einen neutralen und wirklich demokratiewürdigen Umgang mit unseren Schülerinnen und Schülern.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und wünschen Ihnen einen friedvollen Tag!